



Oberlandesgericht Celle

Im Namen des Volkes

Urteil

8 U 163/20

19 O 40/20 Landgericht Hannover

Verkündet am
2. September 2021
Kahle,
Justizhauptsekretärin
als Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle

In dem Rechtsstreit

Kläger und Berufungskläger,

Prozessbevollmächtigte:
Anwaltsbüro Dr. Vollmer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Pallasstraße 79,
44575 Castrop-Rauxel,

gegen

Beklagte und Berufungsbeklagte,

Prozessbevollmächtigte:

hat der 8. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Celle auf die mündliche Verhandlung vom 9. August 2021 durch die Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Apel, die Richterin am Oberlandesgericht Wiegand und den Richter am Oberlandesgericht Kaufert für Recht erkannt:

Auf die Berufung des Klägers wird das am 21. September 2020 verkündete Urteil des Einzelrichters der 19. Zivilkammer des Landgerichts Hannover teilweise abgeändert und unter Zurückweisung der Berufung im Übrigen insgesamt wie folgt neu gefasst:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 108.040,68 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz aus 98.500,00 € seit dem 9. Oktober 2014 und aus 9.540,68 € seit dem 17. April 2015 zu bezahlen, Zug um Zug gegen Abtretung der Rechte des Klägers aus der Beteiligung an der Equity Pictures Medienfonds GmbH & Co. KG IV vom 1. Mai 2005.

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 4.592,69 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 17. April 2015 zu zahlen, Zug um Zug gegen Abtretung der Rechte des Klägers aus der Beteiligung an der Equity Pictures Medienfonds GmbH & Co. KG IV vom 1. Mai 2005.

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 22.890,52 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 26. Oktober 2017 zu zahlen, Zug um Zug gegen Abtretung der Rechte des Klägers aus der Beteiligung an der Equity Pictures Medienfonds GmbH & Co. KG IV vom 1. Mai 2005.

Es wird festgestellt, dass die Beklagte verpflichtet ist, den Kläger von sämtlichen Verpflichtungen und steuerlichen Nachteilen freizustellen, die diesem durch die Zeichnung seiner Kommanditbeteiligung an der Equity Pictures Medienfonds GmbH & Co. KG IV vom 1. Mai 2005 entstanden sind und noch entstehen werden, Zug um Zug gegen Abtretung der Rechte des Klägers aus

der Beteiligung an der Equity Pictures Medienfonds GmbH & Co. KG IV vom 1. Mai 2005.

Die Beklagte wird verurteilt, den Kläger aus der Verpflichtung zur Zahlung von 3.000,00 € zur Liquiditätsreserve der Equity Pictures Medienfonds GmbH & Co. KG IV freizustellen, Zug um Zug gegen Abtretung der Rechte des Klägers aus der Beteiligung an der Equity Pictures Medienfonds GmbH & Co. KG IV vom 1. Mai 2005.

Es wird festgestellt, dass sich die Beklagte mit der Annahme der Abtretung der Rechte des Klägers aus der Beteiligung an der Equity Pictures Medienfonds GmbH & Co. KG IV vom 1. Mai 2005 in Annahmeverzug befindet.

Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

Die Kosten des Rechtsstreits in beiden Instanzen trägt die Beklagte mit Ausnahme der mit der Anrufung des unzuständigen Amtsgerichts Charlottenburg verbundenen Mehrkosten, die allein der Kläger zu tragen hat.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Die Beklagte kann die Vollstreckung des Klägers gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des insgesamt vollstreckbaren Betrags abwenden, wenn nicht der Kläger vor der Vollstreckung Sicherheit in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrags leistet.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Der Streitwert wird für das Berufungsverfahren auf bis zu 155.000,00 € festgesetzt.

G r ü n d e :

I.

Der Kläger begehrt im Wege der abgesonderten Befriedigung Zahlung von Schadensersatz im Zusammenhang mit einer Vermögensanlage.

Die Rechtsvorgängerin der Beklagten (nachfolgend aus Gründen der Vereinfachung: Beklagte) war der Berufshaftpflichtversicherer der Sozietät Dr. Husemann, Eickhoff, Salmen & Partner GbR. Die TBG Treuberatungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft GmbH (nachfolgend: TBG GmbH) war als mitversicherte Gesellschaft in den Versicherungsschutz einbezogen.

Dem Versicherungsvertrag lagen die Allgemeinen und Besonderen Versicherungsbedingungen sowie Risikobeschreibungen zur Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte und Patentanwälte (AVB-WSR) zugrunde. Hinsichtlich des Inhalts der AVB-WSR wird auf Bl. 21 - 25 R d. A. Bezug genommen. Hinsichtlich des Inhalts des Nachtrags zum Versicherungsschein vom 28. Oktober 2003 wird auf die Anlage K 9 im Anlagenband Kläger Bezug genommen.

Mit Beitrittserklärung vom 1. Mai 2005 beteiligte sich der Kläger als Treugeber über die TBG GmbH als Treuhänderin, Kommanditistin und Mittelverwendungskontrollurin mit einer teilweise fremdfinanzierten Einlage in Höhe von 200.000,00 € zzgl. 3 % Agio an der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV.

Mit Urteil vom 18. Oktober 2017 verurteilte das Oberlandesgericht München die TBG GmbH unter anderem zur Zahlung von Schadensersatz in Höhe von 109.540,68 € an den Kläger. Zur Begründung führte das Oberlandesgericht aus, dass die TBG GmbH ihre aus dem Treuhandverhältnis dem Kläger gegenüber bestehenden Aufklärungspflichten verletzt habe. Die GmbH habe den bei den Beitrittsverhandlungen verwendeten Prospekt keiner ausreichenden Plausibilitätskontrolle unterzogen. Deshalb habe sie den Kläger pflichtwidrig nicht darauf hingewiesen, dass der Prospekt teilweise widersprüchliche Inhalte aufweise und darüber hinaus

den unzutreffenden Eindruck vermittele, dass weitere Barmittel zur Bedienung der Beteiligungsfinanzierung nicht erforderlich seien. Hinsichtlich des weiteren Inhalts des Urteils wird auf den Anlagenband Klägervertreter Bezug genommen.

Mit Beschluss vom 1. April 2018 eröffnete das Amtsgericht Charlottenburg das Insolvenzverfahren über das Vermögen der TBG GmbH.

Der Kläger hat gemeint, dass die Beklagte als Haftpflichtversicherer der TBG GmbH den ihm mit Urteil des Oberlandesgerichts München rechtskräftig zuerkannten Schadensersatzanspruch gemäß § 157 VVG a. F. ausgleichen müsse. Dem Anspruch liege in Gestalt einer reinen (nicht geschäftsführenden) Treuhandtätigkeit ein versichertes Risiko im Sinne von Teil 3 B I Nr. 6 AVB-WSR zugrunde und nicht etwa eine unternehmerische Tätigkeit der TBG GmbH.

Mit Beschluss vom 3. Februar 2020 (Bl. 125 d. A.) hat das Amtsgericht Charlottenburg die gegen die Beklagte gerichtete Klage abgetrennt und an das Landgericht Hannover verwiesen.

Der Kläger hat beantragt,

1. die Beklagte zu verurteilen, an den Kläger 109.540,68 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz aus 100.000,00 € seit dem 9. Oktober 2014 und aus 9.540,68 € seit dem 17. April 2015 zu bezahlen,
2. die Beklagte zu verurteilen, an den Kläger 4.592,69 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 17. April 2015 zu zahlen,
3. die Beklagte zu verurteilen, an den Kläger 22.890,52 € nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 26. Oktober 2017 zu zahlen,
4. festzustellen, dass die Beklagte verpflichtet ist, den Kläger von sämtlichen Verpflichtungen und steuerlichen Nachteilen freizustellen, die diesem durch die Zeichnung seiner Kommanditbeteiligung an der Equity Pictures Medienfonds GmbH & Co. KG IV vom 1. Mai 2005 entstanden sind und noch entstehen werden,

5. die Beklagte zu verurteilen, den Kläger aus der Verpflichtung zur Zahlung von 3.000,00 € zur Liquiditätsreserve der Equity Pictures Medienfonds GmbH & Co. KG IV freizustellen,
6. die Verurteilung zu den Ziffern 1 bis 5 erfolgt Zug um Zug gegen Abtretung der Rechte des Klägers aus der Beteiligung an der Equity Pictures Medienfonds GmbH & Co. KG IV vom 1. Mai 2005,
7. festzustellen, dass sich die Beklagte mit der Annahme der in Ziffer 6 bezeichneten Beteiligung in Annahmeverzug befindet,
8. die Beklagte zu verurteilen, den Kläger von den Kosten aus der Gebührennote der Anwaltsgemeinschaft Dr. Vollmer vom 25. September 2018 in Höhe von 2.874,92 € freizustellen.

Die Beklagte hat beantragt,
die Klage abzuweisen.

Die streitgegenständliche Verletzung von Aufklärungspflichten unterfalle nicht dem Versicherungsschutz. Lediglich die gesetzliche Haftpflicht der TBG GmbH aus ihrer Tätigkeit als Steuerberaterin sei mitversichert gewesen. Die TBG GmbH habe als Treuhänderin aber keine steuerberatende Tätigkeit ausgeübt. Im Übrigen werde mit Nichtwissen bestritten, dass die TBG GmbH keine Anteile an der Fondsgesellschaft gehalten und dass sie keine geschäftsführende Treuhandtätigkeit ausgeübt habe. Jedenfalls scheitere ein Anspruch des Klägers aber an Ziffer 5.3 der Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen für Steuerberater. Danach seien unternehmerische Tätigkeiten nicht vom Versicherungsschutz erfasst.

Mit Urteil vom 21. September 2020 (Bl. 250 - 256 d. A.) in der Fassung des Berichtigungsbeschlusses vom 13. Oktober 2020 (Bl. 282, 283 d. A.) hat das Landgericht die Klage abgewiesen. Die TBG GmbH habe die Pflichtverletzung nicht im Rahmen einer "nicht geschäftsführenden" Treuhandtätigkeit begangen. Die TBG GmbH habe als Treuhänderin Mitbestimmungsrechte besessen, welche die Treuhandtätigkeit als geschäftsführend qualifizieren würden. So habe die TBG GmbH das Recht zur jederzeitigen Verfügung über den Kommanditanteil besessen. Darüber hinaus sei sie berechtigt gewesen, eine außerordentliche Gesellschafterversammlung einzuberufen. Weiter sei sie nach dem Gesellschaftsvertrag im eigenen Namen an der

Fondsgesellschaft beteiligt gewesen. Diese Rechte würden aber über eine rein aufsichtsführende Treuhandtätigkeit hinausgehen.

Darüber hinaus greife auch ein Risikoausschluss, denn die TBG GmbH habe die Pflichtverletzung im Rahmen eines unternehmerischen Risikos begangen. Denn die Pflichtverletzung beruhe auf einer gesellschaftsrechtlichen Beziehung zwischen ihr und den Anlegern. Die TBG GmbH habe ausweislich des vorgelegten Gesellschaftsvertrags eigene Anteile am Filmfonds gehalten und deshalb auch als Gesellschafter der Fondsgesellschaft Vertrauen für sich in Anspruch genommen. Auch bei dem nur mittelbaren Beitritt eines Anlegers zur Gesellschaft stünden die Aufklärungspflichten der TBG GmbH als Gesellschafterin im Vordergrund, weil dieser Beitritt dem Beitritt als Direktkommanditist weitgehend gleichgestellt sei. Weiter habe die TBG GmbH als jährliche Vergütung 0,1 % des eingeworbenen Kommanditkapitals erhalten. Damit habe die TBG GmbH ein eigenes unternehmerisches Interesse bei der Akquise neuer Treugeber verfolgt und somit im Rahmen eines unternehmerischen Risikos gehandelt.

Hiergegen richtet sich die Berufung des Klägers. Das Landgericht habe bereits übersehen, dass es für die Stellung als Treuhänderin gerade auf die berufsspezifische Erfahrung der TBG GmbH als Steuerberaterin ankomme. Die TBG GmbH habe auch nicht als geschäftsführender Treuhänder gehandelt. Sie sei zum Zeitpunkt des Beitritts des Klägers am 1. Mai 2005 nicht Gesellschafterin der Fondsgesellschaft gewesen. Vielmehr sei sie erst am 2. November 2005 zeitgleich mit der Eintragung im Handelsregister Gesellschafterin geworden. Sie habe im Hinblick auf die Beitrittsangebote von (zukünftigen) Treugebern auch keine Entscheidungsbezugnis besessen. Ihre Funktion habe sich dementsprechend auf das bloße Halten der Anteile der Treugeber beschränkt.

Unzutreffend sei auch die Auffassung des Landgerichts, dass die TBG GmbH ihre Pflichtverletzung im Bereich eines unternehmerischen Risikos begangen habe. Insofern habe bereits das Oberlandesgericht München mit bindender Wirkung für den Deckungsprozess festgestellt, dass die TBG GmbH ihre Pflichten aus dem Treuhandvertrag und nicht ihre Pflichten als Gesellschafterin verletzt habe. Nur der Gesellschafter mit eigenem Gesellschaftsanteil handele auf unternehmerisches Risiko,

weil sich das wirtschaftliche Ergebnis der Gesellschaft unmittelbar auf seine eigene Vermögenssituation auswirke. Die bloße formale Gesellschafterposition aufgrund des Haltens von Beteiligungen Dritter rechtfertige eine solche Annahme hingegen nicht. Dasselbe gelte für die im Treuhandvertrag getroffene Vergütungsabrede, denn unabhängig hiervon sei das unternehmerische Risiko allein bei den Treugebern verblieben. Auch die Höhe der vereinbarten Vergütung spreche gegen eine unternehmerische Tätigkeit. Denn bei einer Mindesteinlage von 10 Mio. Euro hätte die Vergütung gerade einmal die Organisations- und Verwaltungskosten der TBG GmbH gedeckt.

Der Kläger beantragt,

unter Abänderung des angefochtenen Urteils entsprechend den in 1. Instanz zuletzt gestellten Anträgen zu entscheiden.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie verteidigt das landgerichtliche Urteil. Ein Anspruch des Klägers scheitere jedenfalls an dem vereinbarten Risikoausschluss gemäß Teil 3 A Nr. 5.3 a) AVB-WSR. Auf die Eintragung der TBG GmbH als Kommanditistin im Handelsregister komme es nicht an. Entscheidend sei vielmehr die schuldrechtliche Vereinbarung, dass die TBG GmbH Treuhandkommanditistin werde. Diese Vereinbarung sei aber bereits vor dem Beitritt des Klägers zur Gesellschaft zustande gekommen (Bl. 346 d. A.). Dass die TBG GmbH nicht Gründungsgesellschafterin gewesen sei, spiele hingegen für die Beurteilung des Sachverhalts keine maßgebliche Rolle. Denn auch als Treuhandkommanditistin hafte die GmbH als Gesellschafterin. Darüber hinaus ergebe sich das wirtschaftliche Interesse der TBG GmbH auch aus der getroffenen Vergütungsvereinbarung. Denn je höher die Zahl der Beitritte gewesen sei, desto höher sei auch ihre Vergütung gewesen. Dies begründe einen möglichen Konflikt mit den Interessen der Anleger. Der Risikoausschluss diene dabei dem Zweck, eben diesen Interessenkonflikt zu vermeiden (Bl. 348 d. A.).

Entgegen der Behauptung des Klägers habe sich die TBG GmbH mit der Komplementärin der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV bereits vor dem

Beitritt des Klägers über den Erwerb einer eigennützigen Kommanditeinlage geeignet. Doch selbst wenn sie keinen eigenen Anteil gehalten haben sollte, hätte sie mit dem Prospekt einen gegenteiligen Anschein erzeugt.

Wegen des weiteren Vorbringens der Parteien im Übrigen und im Einzelnen wird auf den vorgetragenen Inhalt der gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen sowie auf das landgerichtliche Urteil verwiesen.

Der Senat hat Beweis erhoben durch Vernehmung der Zeugen Lautenschlager und Krause. Hinsichtlich des Ergebnisses der Beweisaufnahme wird auf das Sitzungsprotokoll vom 9. August 2021 Bezug genommen (Bl. 577 - 582 d. A.).

II.

Die zulässige Berufung ist ganz überwiegend begründet. Dem Kläger steht gegen die Beklagte ein Anspruch auf abgesonderte Befriedigung gemäß § 157 VVG in der Fassung vom 5. Oktober 1994 (VVG a. F.) zu.

1. Entgegen der vom Landgericht vertretenen Auffassung ist der Versicherungsfall eingetreten.

Gemäß § 157 VVG a. F. kann der Dritte bei Insolvenz des Versicherungsnehmers wegen des ihm gegen den Versicherungsnehmer zustehenden Anspruchs abgesonderte Befriedigung aus der Entschädigungsforderung des Versicherungsnehmers verlangen. Ein solcher Anspruch setzt deshalb voraus, dass dem Versicherungsnehmer ein versicherungsvertraglicher Anspruch zusteht. Dies wiederum setzt zunächst den Eintritt des Versicherungsfalls voraus.

Gemäß Teil 1 A § 1 I AVB WSR bietet der Versicherer dem Versicherungsnehmer Versicherungsschutz für den Fall, dass er wegen einer bei der Ausübung beruflicher Tätigkeit von ihm selbst oder einer Person, für die er einzutreten hat, begangenen Verstoßes von einem anderen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts für einen Vermögensschaden verantwortlich gemacht wird.

Den Feststellungen im Urteil des Oberlandesgerichts München zufolge verletzte die TBG GmbH die ihr als Treuhandkommanditistin zugewiesenen vorvertraglichen Aufklärungspflichten im Hinblick auf den Inhalt des Emissionsprospektes. An diese Feststellung sind die Gerichte im Deckungsprozess gebunden (vgl. BGH, Urteil vom 17. Dezember 2014 - IV ZR 90/13; BGH, Urteil vom 18. Mai 2011 - IV ZR 168/09).

Diese Pflichtverletzung erfolgte auch im Rahmen einer versicherten beruflichen Tätigkeit der TBG GmbH im Sinne von Teil 1 A § 1 I AVB WSR. Dem Nachtrag zum Versicherungsschein vom 28. Oktober 2003 (Anlage K 9 im Anlagenband Kläger) zufolge ist die gesetzliche Haftpflicht aus der Tätigkeit als Rechtsanwalt, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder vereidigter Buchprüfer versichert. Dabei ist der Versicherungsvertrag erkennbar Ausfluss der in § 67 Abs. 1 StBerG geregelten Versicherungspflicht für Steuerberater. Diese Bestimmung wird durch § 51 Abs. 1 Satz 1 DVStB konkretisiert. Danach sind selbstständige Steuerberater und Steuerbevollmächtigte sowie Steuerberatungsgesellschaften verpflichtet, sich gegen die sich aus ihrer Berufstätigkeit (§§ 33, 57 Absatz 3 Nummer 2 und 3 StBerG) ergebenden Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden zu versichern und die Versicherung während der Dauer ihrer Bestellung oder Anerkennung aufrechtzuerhalten.

Die treuhänderische Tätigkeit ist in § 57 Abs. 3 Nr. 3 StBerG ausdrücklich benannt. Hieraus folgt, dass die treuhänderische Tätigkeit nach der Vorstellung des Verordnungsgebers originärer Bestandteil der Berufstätigkeit eines Steuerberaters ist.

Allerdings unterfällt nicht jede treuhänderische Tätigkeit der Versicherungspflicht im Sinne von § 67 Abs. 1 StBerG. Denn zugleich ist einem Steuerberater nach § 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG eine gewerbliche Tätigkeit grundsätzlich untersagt.

Dem Spannungsverhältnis zwischen der erlaubten Treuhandtätigkeit im Sinne von § 57 Abs. 3 Nr. 3 StBerG einerseits und der unzulässigen gewerblichen Tätigkeit im Sinne von § 57 Abs. 4 StBerG auf der anderen Seite trägt auch Teil 3 B I Nr. 6 AVB-WSR Rechnung. Danach ist (nur) die Tätigkeit als nicht geschäftsführender Treuhänder versichert. Der Begriff der geschäftsführenden Treuhandtätigkeit bezieht sich sprachlich auf die Art und Weise, wie eine Treuhandtätigkeit ausgeübt

wird. Deshalb scheidet eine Auslegung der Klausel aus, wonach eine geschäftsführende Treuhandtätigkeit nur dann vorliegt, wenn der Treuhänder zugleich auch Geschäftsführer ist (vgl. OLG Köln, VersR 2017, 1005).

Die Abgrenzung einer versicherten reinen Aufsichtstreuhand von einer nicht versicherten geschäftsführenden Treuhand erfolgt daher regelmäßig danach, ob dem Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer aufgrund des Treuhandvertrages ein unternehmerischer Entscheidungsspielraum mit entsprechenden Haftungsfolgen eingeräumt worden ist (vgl. Brügge in: Veith/Gräfe/Gebert, Der Versicherungsprozess, 4. Aufl., § 19, Rn. 277; Hartmann/Jöster in: Münchener Anwaltshandbuch Versicherungsrecht, 4. Aufl., § 22, Rn. 71). Bei der versicherten Aufsichtstreuhand geht es ausschließlich um die kontrollierende Wahrnehmung fremder Interessen ohne Entscheidungs-/Handlungsspielräume. Jedes Mitbestimmungsrecht und eingeräumte Ermessen eines Treuhandkommanditisten macht eine Aufsichtstreuhand zur geschäftsführenden Treuhand (vgl. Gräfe/Brügge in: Veith/Gräfe/Gebert, Der Versicherungsprozess, 4. Aufl., § 19, Rn. 634). Ob und in welchem Umfang diese kontrollierende Wahrnehmung vergütet wird, ist hingegen entgegen der von der Beklagten in der Berufungsbegründung vertretenen Auffassung ohne Bedeutung.

Entgegen der vom Landgericht vertretenen Auffassung kann auf der Grundlage des Treuhandvertrags ein solcher Entscheidungsspielraum der TBG GmbH nicht festgestellt werden. Vielmehr heißt es im Treuhandvertrag explizit bereits in § 2 Nr. 5, dass sich die Tätigkeiten der Treuhänderin auf die in dem Treuhandvertrag festgelegten Aufgaben beschränken. Weiter heißt es in § 3 Nr. 2 Satz 2 des Treuhandvertrags, dass die Treuhänderin im Innenverhältnis ausschließlich im Auftrag, für Rechnung und auf Risiko des jeweiligen Treugebers handelt. Einen weitergehenden Entscheidungsspielraum räumt der Treuhandvertrag der TBG GmbH nicht ein. So heißt es in § 5 Nr. 4 des Treuhandvertrags etwa, dass die Treuhänderin in einer Gesellschaftsversammlung das Stimmrecht des Treugebers nur nach dessen Weisung ausüben darf. In Ermangelung einer solchen Weisung muss sich die Treuhänderin insoweit der Stimme enthalten. Auch im Übrigen können dem Treuhandvertrag keine Anhaltspunkte für die Übertragung weitergehender Rechte der Treugeber auf die TBG GmbH entnommen werden.

Dass die TBG GmbH sich dem Gesellschaftsvertrag zufolge auch im eigenen Namen an der Fondsgesellschaft beteiligen sollte, hat auf den Inhalt des Treuhandvertrags und die Rechte der Treuhänderin im Verhältnis zu den Treugebern keinen Einfluss. Insbesondere werden hierdurch nicht die Rechte der Treuhänderin erweitert, für die Treugeber eigenverantwortlich tätig zu werden.

Auch die nach Auffassung des Landgerichts der TBG GmbH eingeräumten gesellschaftsrechtlichen Sonderrechte begründen keine geschäftsführende Treuhandtätigkeit. Soweit das Landgericht auf das in § 6 Nr. 1 des Treuhandvertrags angesprochene Recht zur Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung verweist, wurde der TBG GmbH hierdurch kein weitergehendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt. Das Recht zur Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung steht dem Gesellschafter einer Publikums-KG analog § 50 GmbHG vielmehr unabhängig von etwaigen Regelungen im Gesellschaftsvertrag zu (vgl. Oetker, HGB, 6. Aufl., § 161, Rn. 147; Klimke in: BeckOK HGB, Stand: 15.04.2021, § 119 HGB, Rn. 67; Roth in: Baumbach/Hopt, HGB, 40. Aufl., § 119, Rn. 29). Darüber hinaus beinhaltet das Recht zur Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung auch kein originäres Mitbestimmungsrecht. Hierdurch soll die Ausübung eines Mitbestimmungsrechts nur vorbereitet werden. In der Gesellschafterversammlung selbst war die TBG GmbH aber gemäß § 5 Nr. 4 des Treuhandvertrags an die Vorgaben der Treugeber gebunden und musste sich in Ermangelung einer entsprechenden Weisung der Stimme enthalten.

Anders als in dem vom Landgericht angeführten Beschluss des Oberlandesgerichts Köln vom 2. Juni 2014 - 9 U 157/13 -

- war der TBG GmbH keine Entscheidungsbefugnis eingeräumt worden, ob sie Angebote auf den Abschluss von Treuhandverträgen annehmen wollte oder nicht und
- hatte die TBG GmbH zudem keinen eigenen Handlungsspielraum, der ihre Rolle in dem Gesellschaftsgefüge jedenfalls im Verhältnis zu den Treugebern von einer rein aufsichtführenden Treuhändertätigkeit deutlich unterschied.

2. Die Beklagte hat auch nicht die Voraussetzungen der Risikoausschlussklausel gemäß Teil 3 A Nr. 5.3 a) AVB-WSR bewiesen. Danach bezieht sich der Versicherungsschutz nicht auf Haftpflichtansprüche aufgrund von Pflichtverletzungen, die dem Versicherungsnehmer im Rahmen eines unternehmerischen Risikos unterlaufen.

Die Beklagte hat insoweit behauptet, dass die TBG GmbH zum Zeitpunkt der Beitrittsentscheidung bereits mit einem eigenen Kommanditanteil an der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV beteiligt gewesen sei.

Ein solcher Umstand ist grundsätzlich geeignet, die Übernahme eines unternehmerischen Risikos im Sinne von Teil 3 A Nr. 5.3 a) AVB-WSR zu begründen.

Dabei kommt es für die gesellschaftliche Stellung der TBG GmbH nicht einmal darauf an, ob die Gesellschaft zum Zeitpunkt der Pflichtverletzung ihren eigennützigen Gesellschaftsanteil bereits entrichtet hatte. Vielmehr werden die Rechte und Pflichten eines Kommanditisten bereits mit dem wirksamen Zustandekommen des Aufnahmevertrags begründet (vgl. BGH, Urteil vom 17. April 2018 - II ZR 265/16; BGH, Urteil vom 9. Mai 2017 - II ZR 10/16). Auch auf die für die Erlangung der Gesellschafterstellung lediglich deklaratorische Eintragung in das Handelsregister kommt es nicht an (vgl. BGH, Urteil vom 9. Mai 2017 - II ZR 345/15).

Unterbleibt nach dem wirksamen Zustandekommen des Aufnahmevertrags die Einzahlung der Kommanditeinlage zunächst, hat das gemäß § 171 Abs. 1 HGB lediglich zur Folge, dass der Kommanditist bis zur Höhe der von ihm geschuldeten Einlage persönlich haftet. Tritt der Kommanditist - wie im vorliegenden Fall - in eine bestehende Handelsgesellschaft ein, haftet er gemäß § 176 Abs. 2 HGB bis zu der Eintragung des Beitritts im Handelsregister für die bis zur Eintragung begründeten Verbindlichkeiten gleich einem persönlich haftenden Gesellschafter und damit unbeschränkt (vgl. Roth in: Baumbach/Hopt, HGB, 39. Aufl., § 176, Rn. 9).

Unstreitig war die TBG GmbH zum Zeitpunkt der Beitrittserklärung noch nicht als Kommanditistin im Handelsregister eingetragen. Das geschah den vom Kläger vorgelegten Handelsregisterauszügen zufolge erst am 2. November 2005 (Anlage K 12

im Anlagenband Kläger). Sollte die TBG GmbH sich mit der Komplementärin der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV bereits zu einem früheren Zeitpunkt auf eine Beteiligung mit einem eigenen Kommanditanteil geeinigt haben, würde somit die TBG GmbH ab dem Zeitpunkt der schuldrechtlichen Einigung mit der Komplementärin der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV bis zum Zeitpunkt der Eintragung im Handelsregister unbeschränkt haften. Sowohl durch ihre Beteiligung an dem Filmfonds als auch durch ihre zum Zeitpunkt der Pflichtverletzung noch nicht erfolgte Eintragung als Kommanditistin im Handelsregister würde sich die Gesellschafterstellung der TBG GmbH dann nicht in dem treuhänderischen Halten von Beteiligungen der Treugeber erschöpfen. Sie wäre dann nicht nur Treuhandgesellschafterin, sondern auch normale Gesellschafterin. Als solche hätte sie mit unternehmerischem Risiko gehandelt, weil sich das wirtschaftliche Ergebnis der Gesellschaft unmittelbar auf ihre eigene Vermögenssituation auswirken konnte (vgl. OLG München, Urteil vom 19. Oktober 2016 - 20 U 438/16; Gräfe/Brügge in: Veith/Gräfe/Gebert, Der Versicherungsprozess, 4. Aufl., § 19, Rn. 641).

Entscheidend ist dabei im vorliegenden Fall, ob die schuldrechtliche Einigung zwischen der TBG GmbH und der Komplementärin der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV über die Beteiligung mit einem eigenen Kommanditanteil noch vor der streitgegenständlichen Anlageberatung erfolgte. Denn nur in dem Fall hätte die TBG GmbH als Unternehmerin unter unzureichender Aufklärung über das Unternehmen Teilhaber für dieses Unternehmen gewonnen (vgl. OLG München, a. a. O.) und dadurch ihr eigenes Haftungsrisiko gleich zweifach reduziert. Zunächst hätte sie in Höhe der Beteiligungssumme das für entstehende Verbindlichkeiten zur Verfügung stehende Vermögen vergrößert, was unmittelbar Auswirkungen auf den Umfang ihrer eigenen Haftung hatte. Darüber hinaus hätte sie hierdurch aber auch die Liquidität der Fondsgesellschaft verbessert und dadurch deren Chancen erhöht, am Markt mit Gewinn zu operieren, was wiederum Auswirkungen auf die Höhe ihrer eigenen Gewinnbeteiligung aufgrund des von ihr eigennützig gehaltenen Gesellschaftsanteils gehabt hätte.

Die Beteiligung der TBG GmbH an der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV mit einem eigenen Kommanditanteil ist entgegen der von der Beklagten

vertretenen Auffassung nicht unstreitig. Insbesondere ist das entsprechende Bestreiten durch den Kläger erst im Berufungsverfahren nicht unzulässig. Denn erkennbar sind die Parteien erstinstanzlich insoweit von einer unzutreffenden Beweislastverteilung ausgegangen. Das ergibt sich unter anderem aus dem Vortrag der Beklagten im Schriftsatz vom 3. Februar 2020. Darin hat die Beklagte mit Nichtwissen bestritten, dass die TBG GmbH keine eigenen Anteile an der Fonds IV KG hielt (Bl. 121 d. A.). Tatsächlich ist aber die Beklagte für die Voraussetzungen der Risikoausschlussklausel darlegungs- und beweispflichtig, worauf das Landgericht hätte hinweisen müssen. Das ist nicht geschehen, sodass der Senat den entsprechenden Hinweis nachgeholt hat. Das erst auf diesen Hinweis hin erfolgte Bestreiten des Klägers ist aber gemäß § 531 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 ZPO zulässig.

Allerdings kann eine Beteiligung der TBG GmbH an der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV mit einem eigenen Kommanditanteil nicht festgestellt werden:

Allein die eingereichten Unterlagen erlauben eine entsprechende Feststellung nicht.

Zwar wird die TBG GmbH bereits im Gesellschaftsvertrag der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV als Teil des Emissionsprospekts vom 11. März 2005 an mehreren Stellen erwähnt und auch der mögliche Erwerb eines eigennützigen Kommanditanteils angesprochen:

§ 4 Abs. 3 Satz 1 des Gesellschaftsvertrags:

"Als weitere Kommanditistin kann sich die TBG Treuberatungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft GmbH mit Sitz in Berlin, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg unter HRB 43170, beteiligen."

§ 5 Abs. 3 Satz 6 des Gesellschaftsvertrags:

"Der Beteiligungsbetrag des Treugebers erhöht entsprechend die Pflichteinlage der Treuhandkommanditistin."

§ 6 Abs. 1 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags:

"Die eigennützige Kommanditeinlage der Treuhandkommanditistin ist sofort zur Einzahlung fällig."

Allerdings findet sich an keiner Stelle des Gesellschaftsvertrags ein Hinweis auf die Höhe der eigennützigen Kommanditeinlage. Selbst wenn der Gesellschaftsvertrag somit als ein an die TBG GmbH gerichtetes Beteiligungsangebot anzusehen sein sollte, würde die Wirksamkeit dieses Angebots somit jedenfalls an der erforderlichen Bestimmtheit des Angebots scheitern (vgl. Busche in: Münchener Kommentar zum BGB, 8. Aufl., § 145, Rn. 6).

Auch der Beitrittserklärung des Klägers kann eine entsprechende Einigung zwischen der TBG GmbH und der Komplementärin der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV nicht entnommen werden. Darin heißt es unter anderem:

"Mir ist bekannt, dass die TBG ihre (im Außenverhältnis jeweils einheitlich gehaltenen) Kommanditbeteiligungen an der Gesellschaft teilweise eigennützig, überwiegend jedoch fremdnützig für eine Mehrzahl von Treugebern halten wird."

Diese Beitrittserklärung verweist ausdrücklich auf die Zukunft, wonach die TBG eine eigennützige Kommanditbeteiligung halten "wird". Anhaltspunkte auf eine hierfür erforderliche und bereits erfolgte Einigung fehlen hingegen. Eine solche Beteiligung der TBG GmbH war zum Zeitpunkt der Beitrittserklärung für deren Wirksamkeit auch nicht erforderlich (vgl. BGH, Urteil vom 8. April 2021 - III ZR 62/20).

Auch dem Urteil des Oberlandesgerichts München vom 19. Oktober 2017 können keine den Senat bindende Feststellungen entnommen werden. Im Gegenteil hat das Oberlandesgericht diese Frage im Urteil ausdrücklich offengelassen. Aber selbst wenn das Oberlandesgericht eine entsprechende Feststellung getroffen hätte, wäre der erkennende Senat hieran nicht gebunden. Denn die Bindungswir-

kung geht nicht weiter, als eine für die Entscheidung im Deckungsprozess maßgebliche Frage sich auch im Haftpflichtprozess nach dem vom Haftpflichtgericht gewählten rechtlichen Begründungsansatz bei objektiv zutreffender rechtlicher Würdigung als entscheidungserheblich erweist, also Voraussetzungsidentität vorliegt (vgl. BGH, Urteil vom 8. Dezember 2010 - IV ZR 211/07). Für die Entscheidung des Oberlandesgerichts München war aber die Frage eines bereits erfolgten Beitritts der TBG GmbH oder auch nur der Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung nicht entscheidungserheblich.

Ergänzend hat die Beklagte die Zeugen Lautenschlager als Geschäftsführer der Equity Pictures Medienfonds GmbH sowie Krause als Geschäftsführer der TBG GmbH für den Beweis ihrer Behauptung benannt, die TBG GmbH habe sich noch vor der Beitrittserklärung des Klägers an der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV mit einem eigenen Kommanditanteil beteiligt.

Die Vernehmung der beiden Zeugen durch den Senat hat die Behauptung der Beklagten allerdings nicht bestätigt. Der Zeuge Lautenschlager hat ausgesagt, dass die Beteiligung der TBG GmbH an der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV mit einem eigenen Kommanditanteil nie zur Diskussion gestanden habe. Insoweit habe lediglich die Möglichkeit einer Beteiligung bestanden, von der die TBG GmbH aber keinen Gebrauch gemacht habe. Auch der Zeuge Krause hat ausgesagt, dass es keine Vereinbarung zwischen der TBG GmbH und der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV über den Erwerb eines eigennützigen Kommanditanteils gegeben habe.

Unter diesen Umständen ist der Beklagten der ihr obliegende Beweis einer schuldrechtlichen Einigung über eine Kommanditbeteiligung der TBG GmbH an der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV nicht gelungen. Auch wenn der Aufnahmevertrag keiner bestimmten Form bedarf und somit auch durch schlüssiges Verhalten zustande kommen kann, fehlt es für das Zustandekommen eines solchen Vertrags auf der Grundlage der Zeugenaussagen völlig an Anhaltspunkten.

Entgegen der von der Beklagten vertretenen Auffassung (Bl. 512 d. A.) begründet allein die (nicht umgesetzte) Absicht einer unternehmerischen Tätigkeit noch keine

unternehmerische Tätigkeit. Ein derart weitreichender Anwendungsbereich kann Teil 3 A Nr. 5.3 a) AVB-WSR nicht entnommen werden. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind Risikoausschlussklauseln eng auszulegen. Bei ihnen geht das Interesse des Versicherungsnehmers regelmäßig dahin, dass der Versicherungsschutz nicht weiter verkürzt wird, als der erkennbare Zweck der Klausel dies gebietet. Der durchschnittliche Versicherungsnehmer braucht nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nicht mit Lücken im Versicherungsschutz zu rechnen, ohne dass eine Klausel ihm dies hinreichend verdeutlicht (vgl. BGH, Beschluss vom 22. Februar 2018 - IV ZR 318/16; BGH, Urteil vom 27. Juni 2012 - IV ZR 212/10; BGH, Urteil vom 20. Juli 2011 - IV ZR 291/10; BGH, Urteil vom 20. Juli 2011 - IV ZR 131/09; BGH, Urteil vom 29. Oktober 2008 - IV ZR 128/07; BGH, Urteil vom 29. September 2004 - IV ZR 173/03). Auf der Grundlage der so gebotenen engen Auslegung kann aber die Risikoausschlussklausel in Teil 3 A Nr. 5.3 a) AVB-WSR nicht erweiternd zugunsten des Versicherers dahingehend ausgelegt werden, dass über den Wortlaut der Klausel hinaus der Risikoausschluss bereits bei einer nur beabsichtigten oder möglicherweise auch nur angedachten unternehmerischen Tätigkeit greift. Auch die Zielrichtung der Risikoausschlussklausel erlaubt keine Auslegung über den Wortlaut der Klausel hinaus. Sinn des Risikoausschlusses ist es, den Versicherungsschutz auf die Haftung aus eigentlich beruflicher Tätigkeit zu beschränken und Haftungsansprüche aus berufsfremder Tätigkeit vom Versicherungsschutz auszunehmen (vgl. BGH, Urteil vom 30. Januar 1980 - IV ZR 86/78). Haftungsansprüche aus berufsfremder Tätigkeit scheiden aber von vornherein aus, wenn eine solche Tätigkeit zum maßgeblichen Zeitpunkt der Pflichtverletzung gar nicht ausgeübt wird.

Entgegen der vom Beklagtenvertreter im Termin zur mündlichen Verhandlung am 9. August 2021 vertretenen Auffassung ergibt sich die unternehmerische Tätigkeit der TBG GmbH auch nicht aus dem Umstand, dass die endgültige Entscheidung über die Funktion der TBG GmbH als Treuhandkommanditistin dem Zeugen Lautenschlager zufolge erst im zeitlichen Zusammenhang mit der Eintragung der TBG GmbH als Kommanditistin im Handelsregister getroffen wurde. Hieraus kann insbesondere nicht gefolgert werden, dass die TBG GmbH dann zum Zeitpunkt der Beitrittserklärung Gesellschafterin mit einem eigennützig gehaltenen Kommanditanteil gewesen sein muss.

In der Beitrittserklärung des Klägers ist zugleich das Angebot auf Abschluss eines Treuhandvertrags zwischen dem Kläger und der TBG GmbH zu sehen. Dieses Angebot nahm die Komplementärin der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV in Vertretung für die TBG GmbH nachfolgend an (vgl. BGH, Urteil vom 8. April 2021 - III ZR 62/20). Selbst wenn die Komplementärin zu diesem Zeitpunkt noch ohne Vollmacht für die TBG GmbH aufgetreten sein sollte, hätte die TBG GmbH den Vertragsschluss mit dem Kläger spätestens im Rahmen ihrer Einigung mit der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV nachträglich gemäß § 177 Abs. 1 BGB genehmigt mit der Folge einer jedenfalls ab diesem Zeitpunkt bestehenden Pflicht zur Aufklärung der Treugeber über die Risiken der Beteiligung.

Doch selbst wenn eine solche Konstellation im vorliegenden Fall nicht in Betracht kommen sollte, würde das im Hinblick auf die Verurteilung der TBG GmbH im Haftpflichtprozess nicht den Rückschluss auf eine dann zwingend vorliegende Einigung zwischen der TBG GmbH und der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV über den Erwerb eines eigennützig gehaltenen Kommanditanteils bereits zum Zeitpunkt der Beitrittserklärung erlauben. Hiergegen spricht bereits die vom Haftpflichturteil ausgehende Bindungswirkung. Danach steht fest, dass die TBG GmbH dem Kläger gegenüber ihre Aufklärungspflichten als Treuhandkommanditistin und nicht etwa ihre Pflichten als Gesellschafterin der Equity Pictures Medienfonds GmbH und Co. KG IV verletzte.

Entgegen der von der Beklagten vertretenen Auffassung ergibt sich eine unternehmerische Tätigkeit der TBG GmbH schließlich nicht aus dem Umstand, dass die GmbH für ihre Tätigkeit als Treuhandkommanditistin eine Vergütung erhielt. Eine entgeltliche Tätigkeit ist nicht gleichzusetzen mit einer unternehmerischen Tätigkeit im Sinne der Risikoausschlussklausel. Anderenfalls würde selbst für eine originär steuerberatende Tätigkeit kein Versicherungsschutz bestehen. Eine unternehmerische Tätigkeit im Sinne von Teil 3 A Nr. 5.3 a) AVB-WSR setzt vielmehr zusätzlich die Übernahme eines unternehmerischen Risikos voraus. Das hat die Beklagte allerdings im vorliegenden Fall nicht bewiesen.

3. Die Höhe des dem Kläger zustehenden Anspruchs orientiert sich am Tenor des Haftpflichturteils mit der alleinigen Besonderheit; dass der hier zum Tragen kommende maximale Selbstbehalt in Höhe von 1.500,00 € in Abzug zu bringen ist. Denn weil der Kläger Rechte der TBG GmbH gegen die Beklagte aus abgeleitetem Recht geltend macht, können seine Ansprüche nicht über diejenigen hinausgehen, die der TBG GmbH im Fall einer Klage gegen die Beklagte zustünden.

Dem Kläger steht gegen die Beklagte auch kein Anspruch auf Freistellung von den vorgerichtlichen Anwaltskosten zu. Der Anspruch auf Erstattung einer Geschäftsgebühr im Sinne von Nr. 2300 VV RVG setzt eine Anspruchsgrundlage voraus, die sich außerhalb deliktischer Ansprüche in der Regel aus Verzug gemäß §§ 280, 286 BGB ergibt. Darüber hinaus setzt die Erstattungsfähigkeit der Anwaltsgebühren als materieller Schaden voraus, dass die Beauftragung des Rechtsanwalts mit der vorgerichtlichen Tätigkeit erforderlich und zweckmäßig war (vgl. BGH, Urteil vom 13. Dezember 2011 - VI ZR 274/10).

Im vorliegenden Fall bestehen keine Anhaltspunkte, dass sich die Beklagte bei erstmaliger Mandatierung des Klägersvertreters mit der geschuldeten Leistung bereits in Verzug befand und dass es sich bei den vorgerichtlich angefallenen Rechtsanwaltskosten deshalb um einen kausal auf diesem Verzug beruhenden Schaden handelt. Insbesondere kann ein solcher Verzug nicht aus dem Umstand abgeleitet werden, dass die Beklagte der Feststellung der streitgegenständlichen Forderung zur Insolvenztabelle widersprach. Die Anmeldung zur Insolvenztabelle stellt keine an den Insolvenzschuldner gerichtete Zahlungsaufforderung dar, denn der Insolvenzschuldner verliert mit der Verfahrenseröffnung die Verfügungsbefugnis über das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen (vgl. Dornis in: BeckOGK, Stand: 01.03.2020, § 286, Rn. 176). Darüber hinaus war die Beklagte auch nicht Schuldnerin des Klägers, sondern Schuldnerin der TBG GmbH, weshalb die Beklagte mit ihrem Widerspruch dem Kläger gegenüber auch keine endgültige Leistungsablehnung erklären konnte.

III.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 92 Abs. 2 Nr. 1, § 281 Abs. 3 Satz 2 ZPO. Die

Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf § 708 Nr. 10, § 711 ZPO.

Von der Zulassung der Revision gemäß § 543 ZPO hat der Senat abgesehen. Der Rechtsstreit ist nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Auch die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung erfordern keine Entscheidung des Revisionsgerichts.

Im Hinblick auf die Festsetzung des Streitwerts kommen folgende Erwägungen zum Tragen:

Die Anträge zu 1, und 5 betreffen Hauptforderungen, die unmittelbar für die Streitwertberechnung Berücksichtigung finden. Das gilt auch für die Anträge zu 2 und 3. Der Antrag zu 2 betrifft dem Urteil des Oberlandesgerichts München vom 19. Oktober 2017 zufolge die Kosten der vorgerichtlichen Rechtsverfolgung (Seite 10 OLGU). Der Antrag zu 3 betrifft die im Haftpflichtprozess angefallenen Kosten (Anlage K 14 im Anlagenband Kläger). Bei den Kosten des Haftpflichtprozesses handelt es sich nicht um Nebenforderungen, weil sie nicht Kosten dieses Rechtsstreits im Sinne von § 43 Abs. 3 GKG und auch nicht um Kosten im Sinne von § 43 Abs. 1 GKG darstellen.

Der Antrag auf Feststellung des Annahmeverzugs (Antrag zu 7) verändert den Streitwert nicht. Das ist jedenfalls dann der Fall, wenn der Feststellungsantrag neben der Hauptforderung geltend gemacht wird. In dem Fall besteht eine wirtschaftliche Identität zwischen der Hauptforderung und dem Feststellungsbegehren, so dass der Feststellungsantrag keinen eigenständigen Gegenstandswert besitzt und ein Additionsverbot besteht (vgl. BGH, Beschluss vom 13. Oktober 2020 - VIII ZR 290/19).

Den als Antrag zu 4 gestellten Feststellungsantrag hat der Senat in Ermangelung abweichender Anhaltspunkte pauschal mit 5.000,00 € bewertet.

Der Antrag zu 6 besitzt keinen eigenen Streitwert. Dasselbe gilt für den Antrag zu 8 (§ 43 Abs. 1 GKG).

Somit errechnet sich der Streitwert wie folgt:

Antrag zu 1	109.540,68	€
Antrag zu 2	4.592,69	€
Antrag zu 3	22.890,52	€
Antrag zu 4	5.000,00	€
Antrag zum 5	3.000,00	€
Antrag zu 6	0	€
Antrag zu 7	0	€
Antrag zu 8	0	€
Gesamt	145.023,89	€

Die Ausführungen des Beklagtenvertreters in dem nicht nachgelassenen Schriftsatz vom 26. August 2021 rechtfertigen nicht die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung nach § 156 ZPO.

Apel

Wiegand

Kaufert

Beglaubigt

Celle, 9. September 2021

Bremer, Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle